Landeselternschaft
der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e.V.

Steinstraße 30
40210 Düsseldorf

Tel. 0211 171 18 83
Fax 0211 175 25 27

info@le-gymnasien-nrw.de
www.le-gymnasien-nrw.de

Sitz des Vereins: Düsseldorf
Eingetragen beim Amtsgericht
Düsseldorf, VR 9293

Landeselternschaft der Gymnasien, Steinstr. 30, 40210 Düsseldorf

Präsident des
Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Versand per Mail an:
anhoerung@landtag.nrw.de

.

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/378

Alle Abgeordneten

03.03.2023

Stellungnahme
der Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e.V.
zur Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 7. März 2023
Handlungskonzept Unterrichtsversorgung – Vorlage 18/604
Lehrerstellenbesetzungsoffensive NRW – aufklaffende Lehrkräftelücke jetzt vorausschauend und qualitätssichernd schließen! – Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1102

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen wir die Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 7. März 2023 zum Anlass, zur oben genannten Vorlage sowie zum oben genannten Antrag Stellung zu nehmen:

I. Handlungskonzept Unterrichtversorgung – Vorlage 18/604

Formuliertes Ziel des Handlungskonzeptes ist eine verlässliche und verbesserte Unterrichtsversorgung, um guten Unterricht und gute Bildung zu gewährleisten. Die vorgeschlagenen Instrumente dürfen jedoch nicht dazu führen, dass eine schnelle Abhilfe mit gravierend nachteiligen Effekten geschaffen wird. Es muss verhindert werden, dass ausgebrannte und demotivierte Lehrkräfte vor unseren Kindern stehen, die Qualität von Unterricht leidet und damit die Freude der Kinder am Lernen. Auch darf die Attraktivität des Lehrerberufes nicht noch weiter abnehmen, da uns dann das Problem des Lehrkräftemangels über die kommenden Jahrzehnte erhalten bliebe.

1. Zu ausgewählten Maßnahmen im Einzelnen:

- **Intensivere Nutzung des Instrumentes der Abordnung von Lehrkräften**

Besonders betroffen vom Mangel an Lehrkräften sind derzeit die Grundschulen. Auch wenn es naheliegend scheint, diesen Mangel durch Abordnungen von Gymnasiallehrkräften vorerst aufzufangen, führt dies aus unserer Sicht zu einer Verlagerung, nicht aber zu einer Lösung des Problems. Dies gilt im Besonderen für sog. „Teilabordnungen“, in denen Lehrkräfte einem ständigen Wechsel zwischen grundlegend verschiedenen Rahmenbedingungen ausgesetzt sind und zudem viel Zeit darauf verwenden müssen, sich in die pädagogisch anderweitig herausfordernden Anforderungen im Grundschulbereich einzuarbeiten. Hier sehen wir keine Äquivalenz dessen, was die Gymnasien in Fällen der Teilabordnung einbüßen im Verhältnis zum Gewinn auf Seiten der Grundschule.
Daher sollte von schulformübergreifenden Abordnungen in jeglicher Form, wenn überhaupt, nur auf freiwilliger Basis der Lehrkräfte Gebrauch gemacht werden. Hinzu kommt, dass es vermieden werden muss, „funktionierende“ Schulen durch Abordnung der Lehrer an „nicht funktionierende“ Schulen zu ebenfalls „nicht funktionierenden“ Schulen werden zu lassen. Denn jede Abordnung von bis zu 2 Jahren birgt die Gefahr, dass die abgebende Schule keine kurzfristigen Möglichkeiten mehr besitzt, auf eigene personelle Engpässe wie z.B. aufgrund von Langzeiterkrankungen oder Schwangerschaften zu reagieren.

- **Weitere Einstellungsmöglichkeit für Lehrkräfte mit der Befähigung zum Lehramt an Gymnasien an Grundschulen unter der Voraussetzung einer Weiterqualifizierung**

Im „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“ heißt es hierzu:
„Um die Unterrichtsversorgung an Grundschulen im Land Nordrhein-Westfalen weiter zu verbessern und die Einstellungsperspektive der Lehrkräfte mit dem Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen deutlich zu erhöhen, erhalten zukünftig alle Lehrkräfte mit der Befähigung zum Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen die Möglichkeit, dauerhaft an einer Grundschule eingestellt zu werden, auch wenn ihre Lehrbefähigungen kein Fach der Grundschule abbilden.“
Bislang verstehen wir diese auf 2 Jahre befristete Maßnahme als eine solche, die ausgebildeten Lehrkräften, die noch kein Beschäftigungsverhältnis eingegangen sind, eine weitere Perspektive zur Einstellung in den Lehrberuf geben soll.
Sollte diese Möglichkeit jedoch auch für diejenigen Lehrer bestehen, die bereits an Gymnasien unterrichten, hielten wir eine solche Öffnung für nicht tragbar. Denn aus Sicht der Gymnasien würde es sich in diesem Fall weniger um eine „Weiterqualifizierung“, als vielmehr um eine „Wegqualifizierung“ handeln. Dies verbinden wir mit der großen Sorge, dass wir in absehbarer Zeit auch an den Gymnasien einen erheblichen Lehrermangel zu beklagen haben.

- **Anhebung der Einstiegsbesoldung auf A13**

Wir freuen uns, dass die Besoldung der beamteten Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I stufenweise in die Besoldungsgruppe A 13 angehoben wird. Mit der Angleichung der Lehrkräftebesoldung an Grundschulen und in der Sekundarstufe I soll laut Landesregierung ein deutliches Signal der Anerkennung und Wertschätzung einhergehen und der Lehrerberuf vor allem in der Grundschule attraktiver gestaltet werden.

Aus unserer Sicht sollte im Blick behalten werden, dass der Lehrerberuf an den Gymnasien mit seinen spezifischen Anforderungen hierdurch nicht an Attraktivität verliert.

- **Verwaltungsunterstützung durch den Einsatz von Schulverwaltungsassistenten**

Das Vorhaben, die Schulen durch den Einsatz von Verwaltungsassistenten zu unterstützen, halten wir für dringend erforderlich, damit sich die Lehrkräfte wieder verstärkt ihrem pädagogisches Kerngeschäft und der Qualitätsverbesserung von Schule widmen können.

2. **Weitergehende Überlegungen:**

- **Keine Erhöhung der Klassenfrequenzen**

Wir begrüßen es, dass die Landesregierung in Ihrem Handlungskonzept Unterrichtsversorgung nicht auf einer Linie mit den Empfehlungen der SWK gleichzieht und die Erhöhung der Klassenfrequenz nicht als ein vorübergehend probates Mittel zur Unterrichtsversorgung in Erwägung zieht. Bereits die derzeitigen Klassenstärken ermöglichen in vielen Fällen kaum, einen konzentrierten und den Kindern gerecht werdenden fachlichen Unterricht zu gewährleisten. Jede Erhöhung der Klassenfrequenzen würde die Situation zu Lasten der Kinder verschärfen. Vielmehr sollten alle Bemühungen unternommen werden, den Kindern sowie Lehrkräften zukünftig ein gutes Lernumfeld in kleineren Lerngruppen zu ermöglichen.

- **Kein Einsatz von Studierenden im Regelunterricht**

Ebenso halten wir die Vorschläge der SWK, Studierende für die Unterrichtsversorgung einzusetzen, zumindest für den gymnasialen Regelunterricht nicht mit einer Qualitätssicherung an den Gymnasien vereinbar. Dass das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung NRW diesen Ansatz nicht aufgreift, ist unserer Ansicht nach wichtig und erfreulich.

II. Lehrereinstellungsoffensive NRW - Antrag der FDP Fraktion Drucksache18/1102

- **Seiteneinstieg**

Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, den Zugang zum Seiteneinstieg zu erleichtern und attraktiver zu machen, um möglichst vielen am Lehrerberuf interessierten Personen zu ermöglichen, in den Schuldienst einzutreten.

Aus Sicht der Landeselternschaft der Gymnasien muss dies zwingend mit allen erforderlichen Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen verbunden werden, die gewährleisten, dass der jeweilige Seiteneinsteiger hinsichtlich seiner fachlichen und pädagogischen Qualifikation mit voll ausgebildeten Lehrkräften gleichstehend ist. Auch hier besteht die Sorge, dass aufgrund der Notlage in der Unterrichtsversorgung der Quantität ein Vorrang vor der Qualität gegeben wird.

- **Flexiblere Gestaltung der Einstellungsverfahren**

Um den Bedarf an Lehrkräften schnell und bedarfsorientiert zu sichern, halten auch wir es für dringend erforderlich, flächendeckend nicht nur vorübergehend das ganzjährige Einstellungsverfahren zu ermöglichen und dieses zudem zu vereinfachen sowie zu beschleunigen.

- **Nachhaltige Gewinnung von ausländischen Lehrkräften**

  Zur dauerhaften Unterrichtsversorgung wird es auch aus unserer Sicht notwendig sein, ausländische Lehrkräfte aktiv anzuwerben und ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich für die langfristige Übernahme in den Schuldienst weiter zu qualifizieren. Insbesondere in den Fremdsprachen können Muttersprachler ein Gewinn sein. Auch im Bereich von Informatik werden wir auf ausländische Lehrkräfte angewiesen sein. Um diese Potentiale nicht zu vernachlässigen, unterstützen wir die Forderung der FDP Fraktion, ausländische Lehrkräfte nachhaltig für den Schuldienst zu gewinnen, dort zu binden und weiterzu-entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand der Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V.

Dr. Oliver Ziehm
- Vorsitzender -